Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg. Kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. **Mittwoch, den 26. Oktober 1927** **76. Jahrgang. Nr. 1097**

Frankreichs Tributrecht.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

kr **Paris**, 23. Okt.

Die Tücke des politischen Zufalls — oder war es in Wirklichkeit mehr? — hat zu einem außenpolitisch sehr ungeeigneten Momente den bekannten Konflikt zwischen Reparationsagenten und Reichsregierung entstehen lassen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat dieser im Auslande und besonders in Frankreich und Belgien zu einer ausgedehnten Erörterung der wirtschaftlichen Kriegsverpflichtungen Deutschlands geführt.

Als das wesentlichste Moment dieser Debatte muß die Einmütigkeit festgehalten werden, mit der die politischen Organe aller Schattierungen von Deutschland die exakte Einhaltung seiner Zahlungsverpflichtungen verlangen. Die Tonart, in der diese Forderung vertreten wird, ist im allgemeinen frei von politischer Leidenschaftlichkeit, aber von einer lückenlosen Festigkeit. Die Behandlung dieses Zwischenfalles, der an sich ja noch von untergeordneter Bedeutung ist, wird als Generalprobe auf den Tag gelten müssen, an dem Deutschland offiziell die Revision des Dawesplanes nachsuchen wird. Und die Auspizien sind alles andere denn günstig!

Sicher, es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß das erste und unmittelbare Ziel der Regelung der deutschen Kriegsschulden bis zu einem gewissen Grade erreicht worden ist. Der Grundgedanke des Dawesabkommens, durch Ausscheidung der Schuldenfrage aus der politischen Debatte die politische Atmosphäre zu entspannen, hat gewisse Früchte gezeitigt. Das Verhältnis Deutschlands zu den früheren Alliierten steht nicht mehr so ausschließlich unter dem Zeichen der Kriegsniederlage, trotz aller unerfüllt gebliebenen Wünsche ist für manche Probleme doch immerhin wieder eine Diskussionsebene geschaffen worden. Und einige Organe der französischen Öffentlichkeit haben in den letzten Jahren nicht verfehlt, für die Ziele der deutschen Nachkriegspolitik ein gewisses Verständnis aufzubringen.

Aber die nächsten Jahre werden zeigen, um welchen Preis diese Erfolge erkauft sind. Die vergangenen Tage haben bereits erwiesen, daß es in Frankreich keine Partei und keine politische Gruppe gibt, die gewillt wäre, auch nur eine Diskussion über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands zuzulassen. Selbst die Blätter der äußersten Linken verweisen darauf, daß das Deutsche Reich in voller Entschließungsfreiheit sein Insiegel unter dieses Abkommen gesetzt habe. Und was auch immer eine deutsch-französische Annäherung an wünschenswerten Erfolgen zeitigen möge, diese Zahlungsverpflichtungen werde immer außer Frage stehen.

Das Thema ist um so heikler, als Frankreich selbst sich in einer außerordentlich hohen Verschuldung gegenüber Amerika befindet. Wenn also Deutschland in den nächsten Jahren seinen Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird sich dieser Ausfall durch eine weitere Heraufsetzung der französischen Steuersätze sehr peinlich aufs Geldsäckel jedes einzelnen Franzosen auswirken. Schon diese Vorstellung genügt, um den noch nicht verwundenen politischen Gegensatz wieder zur Weißglut zu entfachen.

Es kann in diesem Zusammenhange davon abgesehen werden, ob die aus Anlaß des Gilbert'schen Schrittes gegen die deutsche Finanzpolitik erhobenen Anschuldigungen Berechtigung haben. Wie denn überhaupt der zu Grunde liegende Vorgang zunächst noch eine begrenzte Bedeutung hat. Von hoher Wichtigkeit aber ist die Reaktion der französischen öffentlichen Meinung auf diese vermeintliche deutsche Finanzintrigue eben wegen ihres sympthomatischen Charakters. Sie zeigt, daß jeder einzelne französische Staatsbürger sich als ihr unmittelbares Opfer empfindet. Wieweit die Legende von der deutschen Alleinschuld am Ausbruche des Weltkrieges bereits erschüttert ist, ist ihm in diesem Zusammenhange völlig gleichgültig. Ob moralische Verpflichtung Deutschlands oder nicht, ob Versailler Vertrag oder nicht, ein anständiger Mensch bezahlt seine Schulden!

So ist unverkennbar die primitive Empfindung des französischen Volkes, und es liegt auf der Hand, welch ein europäischer Konfliktstoff in dem Problem der internationalen Schulden verborgen liegt. Nur Amerika hat die Möglichkeit, dieses Konto definitiv zu regeln, und es wäre zu wünschen, daß es der deutschen Außenpolitik gelänge, die Begleichung der Kriegsrechnung rechtzeitig als ein Solidarinteresse Europas nachzuweisen.

Die Beratungen des Reichsschulgesetzes.

≠ **Berlin**, 25. Okt. **(Tel.)** Im weiteren Verlauf der Beratungen des Bildungsausschusses über das Reichsschulgesetz (vgl. Abendausgabe Nr. 1095 des M. A.) begründet sächsischer Ministerialdirektor Dr. Poetzsch die ablehnende Stellungnahme der Regierung des Freistaates Sachsen zu dieser Vorlage. Sachsen erhebe den Anspruch, als Simultanschulland anerkannt zu werden. Bedenken errege der Eingriff in die Schulhoheit des Staates. Die finanziellen Schwierigkeiten dürften nicht durch den Entwurf verschärft werden.

Der Hamburgische Regierungsdirektor Flemming legte dar, daß das Reich lediglich zu einer Grundsatz-Gesetzgebung auf dem Gebiete des Schulwesens berufen sei, daß der vorliegende Entwurf dagegen in die Rechte der Einzelstaaten weit eingreife. Deshalb könne seine Regierung den Entwurf nicht annehmen. Sie stehe durchaus auf dem Standpunkt, der nationalen deutschen Volksschule. Es gehe z. B. nicht an, in die Schulverwaltung alle die Vertreter der einzelnen Konfessionen und die Vertreter weltlicher Schulen aufzunehmen. Hamburg müsse unter die Simultanschulländer aufgenommen werden. Für diese Länder dürfte auch keine bloße „Schonfrist" von fünf Jahren vorgesehen werden, sondern es müsse eine Schutzvorschrift für die Simultanschulländer geschaffen werden.

Abg. Hoernle (K) fordert die Vorlage einer Denkschrift über die Höhe der mutmaßlichen Kosten und die Art ihrer Aufbringung binnen drei Wochen und bis dahin Aussetzung der Beratung.

Abg. Dr. Spahn (DN) bittet um Ablehnung des taktischen Antrages. Abg. Rönneburg (D), Abg. Rosenbaum (K) und Abg. Dr Löwenstein (S) unterstützen den Antrag. Der Antrag Hoernle wird abgelehnt.

Abg. Rönneburg (D) beantragt mit Rücksicht auf die Erklärungen des preußischen Vertreters die Verhandlungen auf morgen früh zu vertagen. Demgemäß wird die nächste Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

w **Berlin**, 25. Okt. **(Tel.)** Heute fanden zwischen den Gewerkschaften und der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft erneut Verhandlungen über die geforderte zwischentarifliche Lohnerhöhung für die Eisenbahnarbeiter statt. Einer Berliner Korrespondenz zufolge erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß sie trotz der ablehnenden Haltung der Reichsbahn unbedingt an der Forderung, die Löhne im allgemeinen zu erhöhen, festhalten müßten. Da jedoch zurzeit dies nicht zu erreichen sei, verlangten sie Einführung der Dienstalterszulage nach dem Muster der Reichspost und Gleichstellung des Wirtschaftsgebietes II mit dem Wirtschaftsgebiet I. Die Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahn lehnten diese Forderungen entschieden ab. Die Gewerkschaftsvertreter haben der Hauptverwaltung der Reichsbahn dann eine Erklärung übermitteln lassen, in der sie zur Kenntnis nehmen, daß die Hauptverwaltung nur bereit ist, über die Ortslohnzulage zu verhandeln. Sie sprachen darüber ihr tiefes Bedauern aus, da die Ortslohnzulagenregelung nur eine unzulängliche Maßnahme zur Behebung des Notstandes sei, erklärten sich aber bereit, daran mitzuarbeiten.

Das Zentrum zur preußischen Besoldungsvorlage.

Eine Erklärung des Abg. Baumhoff im Hauptausschuß des preußischen Landtages.

S **Berlin**, 25. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages setzte heute die erste Lesung der Besoldungsordnung fort. Am Vormittag wurde den Beamtenspitzenorganisationen, nämlich dem Preußischen Beamtenbund und dem Allgemeinen Preußischen Beamtenbund, Gelegenheit gegeben, ihre Abänderungswünsche in einer nicht offiziellen Sitzung des Hauptausschusses vorzutragen. Ebenso ist dem Reichsbund der höheren Beamten, sowie dem Reichsbund der Zivildienstberechtigten Gelegenheit zu einer Aussprache geboten worden.

In der Sitzung des Hauptausschusses gab der

Abg. Baumhoff (Zentrum)

namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Bei der Beratung dieses Gesetzes werden die Hoffnungen erfüllt, die die Beamten und Lehrer seit Jahren gehegt haben und es werden die Versprechen erfüllt, die das Kabinett seit Jahren als nötig anerkannt hat. Das Verlangen nach einer angemessenen Aufbesserung der Bezüge ist begründet. Gewiß hätte man der materiellen Not schon eher gesteuert, wenn die schweren wirtschaftlichen Depressionen nicht im Wege gestanden hätten. Besoldungserhöhungen sind nur möglich, wenn Reich und Staat dementsprechend Einnahmen haben. Wenn auch das Jahr 1927 die Reform zuläßt, so erfüllt uns doch die Zukunft mit Sorge. Die Erklärungen des Finanzministers konnten eine gewisse Beruhigung schaffen, war müssen aber auch ihn vor zu großem Optimismus warnen, weil wir heute noch nicht in der Lage sind, die wirtschaftliche Konjunktur in den kommenden Jahren übersehen zu können. **Unter keinen Umständen wünschen meine Freunde, daß die Besoldungsreform zu Steuererhöhungen führt.** Die Haltung der Sozialdemokraten ist deshalb unbegreiflich. Auf der einen Seite tun sie so, als ob ihnen die Gehaltserhöhungen nicht weit genug gehen, auf der anderen Seite aber stellen sie Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens. Würde ein solcher Antrag durchgehen, dann bedeutete das eine Verminderung der Reichseinnahmen um mehrere hundert Millionen und machte die Besoldungserhöhung unmöglich. **Die Reform hat nur dann Sinn und Zweck, wenn sie den Beamten eine Erhöhung ihrer Kaufkraft bringt. Der Zweck aber wird illusorisch, wenn eine Preissteigerung nach oben einsetzt. Derartige Preissteigerungen sind nach unserer Auffassung völlig unberechtigt.**

Wir erkennen auch an, daß das Besoldungssystem von 1920 erhebliche Fehler hatte und sind mit seinen Aenderungen einverstanden. Mit Befremden stellen wir aber fest, daß das neue Gesetz nicht nur die Fehler von 1920 beseitigt, sondern auch das Gute desselben stark verkümmert hat. Insbesondere mißbilligen wir die Verstümmelung des Verzahnungsgedankens. **Der Entwurf hat im Lande nicht überall Zustimmung gefunden, eine Vorlage, die alle zufriedenstellt, ist aber auch unmöglich. Wenn es aber jetzt vielfach so dargestellt wird, als daß rein gar nichts bei der Reform herauskäme, dann schlägt das den Tatsachen ins Gesicht, und es würde ungerecht sein, leugnen zu wollen, daß die Regierung ernsthaft bemüht gewesen ist, der materiellen Not der Beamtenschaft zu steuern. Wir verschließen unsere Augen aber auch nicht vor der Not in den mittleren und höheren Gruppen, eine stärkere Aufbesserung wäre berechtigt und zu begründen, denn auch diese Reform bringt noch immer nicht die Friedens-Realgehälter. Andererseits muß aber der Besoldungsaufwand mit der Leistungsfähigkeit des Staates in Einklang gebracht werden. Aller guter Wille findet seine Grenzen am Können.** Größtes Gewicht legen wir auf die weitestgehend e Uebereinstimmung mit dem Reiche. Dieser Forderung trägt der Entwurf leider nicht immer Rechnung. Ebenso wünschen wir eine weitgehende Uebereinstimmung in den Gemeinden, die vor allem nicht erreicht wird, was wir sehr bedauern."

Redner geht alsdann auf Einzelheiten des Entwurfes ein. So kritisiert er u. a. die Sonderbehandlung der Verwaltungsjuristen gegenüber den ordentlichen Juristen und technischen Beamten. Ebenso behandelt er die Härten, die sich aus der Regelung für die Pensionäre, Ledigen, Dienstwohnungsinhaber und Diätare ergeben, ferner wandte er sich aufs schärfste gegen die Schlechterstellung der Studienassessoren. Des weiteren erörterte er die Härten, di esich aus der schematischen Festsetzung des Besoldungsdienstalters ergeben und schlägt im Paragraphen 19 einen Härteausgleich vor.

Mit ganz besonderer Wärme tritt Redner dann für die Kinderreichen ein, die bei dieser Erhöhung am schlechtesten weggekommen und unter den Preissteigerungen am meisten zu leiden haben. Das Zentrum wird hier einen Antrag einbringen, dahin lautend, daß für das dritte und vierte Kind ein Kinderzuschlag von 25 Mark, für das fünfte und jedes weitere Kind ein solcher von 30 Mark gezahlt wird. Den Antrag kann die Zentrumsfraktion um so leichter stellen, als die finanzielle Auswirkung außerordentlich gering sein wird.

Schwere Bedenken hegte der Redner außerdem noch gegen den rigorosen Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, und bittet, hier besonders schonend vorzugehen. „Eine Verwaltungsreform", so schließt Abg. Baumhoff seine Ausführungen, „ist durchaus notwendig. Ohne drakonische Vollmachten an das Staatsministerium werden wir kaum zu einer Verwaltungsreform kommen. Hier ist das Zentrum zu weitestgehendem Entgegenkommen bereit."

In der weiteren Aussprache

erklärte

Abg. **Meyer** (DVP), die Vorlage habe keine Beruhigung geschaffen. Zu wünschen sei, daß der Finanzminister die Summe zur Aufbesserung noch über 193 Millionen bezw. 205 Millionen steigern könnte. Seine Partei wünsche den Einbau der Zulagen in die Gehaltsstufen, weiter eine Erhöhung namentlich der niedrigen Gehälter aller Stufen, vorzugsweise bei den unteren Gruppen. Auch die oberen Beamten seien schlecht gestellt. Bei den Frauen seien gleiche Leistungen auch gleich zu bezahlen. Seine Partei fordere wie das Zentrum gesteigerte und gestaffelte Kinderzulagen. Der Redner beantragte die Vorlage der Ausführungsbestimmungen und verurteilte auf das schärfste jede Preistreiberei.

Abg. Dr. **Kähler** (DN) verlangt, daß die Besoldung so gestaltet werde, daß dem Staat nicht die besten Kräfte durch die Wirtschaft entzogen werden. Seine Fraktion wünsche die Auszahlung der neuen Bezüge für den 1. Dezember ds. Js. Die Deutschnationalen würden gern an der Vorlage mitarbeiten, wenn sie auch gegen einige Punkte schwere Bedenken haben. Eine laufende Indexangleichung lehne seine Fraktion entschieden ab.

Abg. **Ladendorff** (WP) erkennt die Notwendigkeit einer Besoldungsreform an, verlangt aber zunächst die Lösung der Deckungsfrage. Das Bild, daß der Finanzminister gestern gegeben habe, sei geradezu trostlos. Ohne wesentliche Erhöhung der Steuern, die eine weitere schwere Belastung des Gewerbes und Grundbesitzes zur Folge habe, sei die Durchführung der Besoldungsneuregelung nicht möglich. Nur durch eine durchgreifende Verwaltungsreform und durch eine auf Sparsamkeit eingestellte Finanzwirtschaft könnte unsere vollständig zerrütteten Finanzen gedeckt werden. Der Redner fordert zum Schluß Abstrich vom Haushalt um 10 Prozent gegenüber 1927. Ohne die Lösung der Deckungsfrage lehne er die Vorlage ab.

Abg. **Barteld-Hannover** (Demokrat) erklärt, daß die Ausführungen des Vorredners auf den Ton abgestimmt seien, daß man die Beamten ruhig weiter hungern lassen könne. Wenn man nach dem Rezept des Vorredners verfahren wollte, so müsse man damit rechnen, daß die Gefahr einer starken Korruptierung der Beamtenschaft bestehe. Der Redner fragte nach der Richtigkeit der Pressemeldungen, daß man in der Reichsregierung beabsichtige, die Besoldungserhöhung so zu verändern, daß die finanziellen Auswirkungen geringer seien.

Staatssekretär Schleusener erwiderte, es sei ihm im Reichsfinanzministerium mitgeteilt worden, daß bei den Referenten des Reichsfinanzministeriums über derartige Absichten nichts bekannt sei.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch vormittag. Es sollen zunächst die Spitzenverbände weiter gehört werden.

*

Vom Zentrum sind in den preußischen Unterausschuß zur Beratung der Besoldungsvorlage die Abgg. Baumhoff und Dr. Schmedding entsandt worden.

Zur Denkschrift des Reparationsagenten.

Die Vorgeschichte der Denkschrift.

S **Berlin**, 25. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler haben heute vormittag die Fraktionsführer, zunächst der Regierungsparteien und dann der übrigen Parteien — außer den Kommunisten und Völkischen — empfangen, um ihnen über die Finanzlage des Reiches und die Denkschrift des Reparationsagenten Auskunft zu geben. Die Besprechungen mit den Parteiführern zogen sich bis noch 1 Uhr hin. Der Reichsfinanzminister schilderte u. a. die Entstehungsgeschichte des Schreibens des Reparationsagenten.

Die Vorgeschichte dieses Memorandums — wie dieses Schreiben neuerdings genannt wird — liegt schon etwas zurück. Schon bei dem Vorgänger des jetzigen Reichsfinanzministers kamen die ersten Bedenken zum Ausdruck, nämlich bei dem Nachtragsetat, der eine Steigerung der Ausgaben um 1 Milliarde brachte, und ferner bei den ersten Verhandlungen über den Finanzausgleich, der nach Ansicht des Reparationsagenten zu sehr zugunsten der Länder die Reichsfinanzen belaste. Damals traten, wie gesagt, die ersten Bedenken Parker Gilberts auf, daß die Ausgaben des Reiches eine Höhe erreichen könnten, die der gesamten Finanzpolitik des Reiches Schaden zufügen und infolgedessen das Dawesabkommen gefährden könnte.

Es setzte dann eine Reihe Besprechungen ein, die sich mehrten, als die zahlreichen Gesetzentwürfe entstanden, die gewaltige Mehraufwendungen erforderten. Es sind dies das Liquidationsschädengesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Reichsschulgesetz, die Besoldungsvorlage und der Finanzausgleich. Die Einbringung dieser Gesetze, die zum Teil schon lange geplant war, war notwendig geworden in der Zwischenzeit, die die Sachverständigen selbst als Zeitspanne für die Erholung Deutschlands gesetzt hatten. Jetzt konnte man an diese Gesetze herangehen, die man doch im Interesse der deutschen Finanzen unter Dach und Fach gebracht haben mußte, bevor der Dawesplan in seiner ganzen finanziellen Auswirkung in Erscheinung trat, was bekanntlich im Jahre 1928 der Fall ist.

Im Verfolg dieser Unterhaltungen hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler selbst den Wunsch nach einer schriftlichen Fixierung ausgesprochen, und diese Vereinbarung eines solchen schriftlichen Memorandums ist dann zwischen Parker Gilbert und Dr. Köhler zustandegekommen. Diese schriftliche Fixierung soll lediglich als Unterlage für weitere Besprechungen und Maßnahmen dienen, um in beiderseitigem Interesse Klärung zu schaffen über die Finanzfragen, die schon im Juni zu dem Zwischenbericht zur Diskussion standen und die die Bedenken des Reparationsagenten für die ganze Finanzwirtschaft des Reiches zum Ausdruck brachten. Eine Abschrift dieses Memorandums ist übrigens dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf dessen Wunsch zugegangen, weil auch alle Fragen, die das Dawesabkommen betreffen, in sein Ressort mit hineingreifen.

Es handelt sich also bei diesem Schriftstück — das muß noch besonders hervorgehoben werden — keineswegs um einen Vorstoß des Reparationsagenten, sondern um eine Auseinandersetzung in dem üblichen bisher geführten Umfange und Ton, sozusagen um einen intimen Gedankenaustausch, der jetzt nur auf besonderen Wunsch noch schriftlich skizziert wurde. Die vorzeitige Veröffentlichung, die überhaupt vielleicht die Veröffentlichung selbst liegt weder im Wunsche noch im Interesse des Reparationsagenten und der Reichsregierung. Es liegt hier eine Indiskretion vor, die zudem noch über das Tatsächliche weit hinausgeht und insofern das Unrichtige trifft, als sie in dem Vorgehen des Reparationsagenten noch etwas Selbständiges erblicken will. Durch diese Indiskretion ist übrigens der Zweck, der mit der schriftlichen Ausführung des Gedankenaustausches verbunden war, aufs schwerste gefährdet und zwar womöglich zum Schaden Deutschlands. Das Memorandum ist bereits am Freitag im Besitz des Reichsfinanzministers gewesen.

Wenn in der ausländischen Presse auf Grund des ganzen Schriftwechsels und in falscher Beurteilung desselben zum Ausdruck kommt, daß Deutschland sich vor der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen „herumdrücken" wolle, so muß diesem aufs energischste widersprochen werden. Deutschland denkt in keiner Weise daran, seine Finanzwirtschaft so aufs äußerste anzuspannen, daß die Erfüllung des Dawesabkommens zur Unmöglichkeit wird. Es hat die Verpflichtungen aus diesem Abkommen übernommen und wird sie auch nach Kräften erfüllen; das liegt nicht nur im Verfolg der auswärtigen Politik, sondern ist auch die volle Ueberzeugung des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung.

Am morgigen Mittwoch wird Reichsfinanzminister Dr. Köhler Veranlassung nehmen, den Haushaltsausschuß des Reichstages ebenfalls über das ganze Werden der Denkschrift zu unterrichten. Die Denkschrift selber wird in keiner Weise zur Kenntnis gebracht, sie wird auch nicht veröffentlicht werden, weil auch der Reparationsagent ihre Geheimhaltung wünscht. Jedenfalls ist der Vorwurf gegen Parker Gilbert zu Unrecht erhoben, daß er sich in die engeren Angelegenheiten Deutschlands habe einmischen wollen. Parker Gilbert hat bekanntlich in seinem Zwischenbericht vom Juni die Finanzpolitik der Länder und Gemeinden einer Kritik unterzogen, immer von der Befürchtung ausgehend, daß sie die Finanzen des Reiches zu stark belasteten. In seiner jüngsten Denkschrift geht er nun noch einen Schritt weiter und führt aus, daß eine Fortsetzung der bisherigen Anleihepolitik und der Ueberlastung des Etats mit durch die Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben, wie z. B. für die Besoldungsreform und die anderen neuerlichen Gesetze, dazu führen müßte, daß Deutschland 1928 nicht in der Lage sein würde, seinen Reparationsverpflichtungen zu entsprechen.

Die Abrüstungskommission auf den 30. November einberufen.

tu **Genf**, 25. Okt. **Der Präsident der vorbereitenden Abrüstungskommission, der holländische Gesandte in Paris, London, hat die vierte Session dieser Kommission für den 30. November, 11 Uhr vormittags nach Genf einberufen. Das Programm umfaßt nur zwei Punkte:**

1. Prüfung der Resolution des Völkerbundsrates und der Völkerbundsversammlung;

2. Stand der Arbeiten.

Die sehr späte Einberufung der Kommission war nach der ganzen Haltung ihres Präsidenten, des französischen Delegierten Paul Boncour und anderer maßgebender Persönlichkeiten zu erwarten. Die Kommission hat bloß vier Arbeitstage vor sich, da sie sich vor Zusammentritt des Völkerbundsrates am 5. Dezember bis nach Weihnachten, also wohl bis Anfang Februar, vertagen dürfte.

Amerikanische Pressestimmen.

tu **Newyork**, 25. Okt. Die amerikanischen Zeitungen beschäftigen sich stark mit dem Protest Parker Gilberts und schreiben dabei übereinstimmend von deutscher Verschwendung. So äußert sich die „Times" dahin, daß die Möglichkeit eines Konfliktes über die Reparationsfrage nicht auf dem Gebiet der deutschen Reichseinnahmen, sondern der Ausgaben läge. Parker Gilbert sei durch das Reich gezwungen worden, zensierend aufzutreten. In Berlin habe man sich die Warnung Gilberts nicht zu Herzen genommen. Das Ergebnis wäre der jetzige Protest Gilberts gegen die Beamtengehaltserhöhung. Jeder müsse in seinen Grenzen leben. Die „Newyork Herald" überschreibt ihren Leitartikel „Sabotage des Dawesplanes". Deutschland ignoriere bei seiner Budgetaufstellung die Daweszahlungen des nächsten und übernächsten Jahres. Die reichlichen Reichseinkünfte würden von der Reichsregierung intern vergeudet. Der Dawesplan könne und dürfe nicht modifiziert werden, bis Deutschland nicht vollen Erfüllungswillen bewiesen habe.

Wallstreet und der Dawesplan.

tu **Newyork**, 25. Okt. Der Vorsitzende des Verbandes amerikanischer Bankiers, M. A. Taylor, hielt auf der Jahresversammlung des Verbandes in Houston (Texas) eine Rede über den Dawesplan. Taylor erklärte u. a., Deutschland habe sich seit dem Zustandekommen des Dawesplanes von Amerika mehr geliehen, als es an seine Gläubiger abzutragen hatte. Infolgedessen habe Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Dawesplan nachkommen und die erforderlichen Transfers ausführen können. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß eine Zeit komme, wo Deutschlands Zinsenzahlungen für seine Auslandsanleihen zusammen mit den Daweszahlungen die Finanzlage des Reiches stark gefährden könnten. Der Dawesplan sehe für diesen Fall wohl eine Prozeßordnung vor, es dürfte aber doch möglich sein, in der Zwischenzeit eine Einigung herbeizuführen, die alle Teile befriedigt. Erörterungen über die Frage was man unternehmen könnte, seien im Augenblick überflüssig und würden mehr hindern, als vorwärts bringen. Amerika habe ein starkes Interesse an Deutschlands Finanzpolitik, nachdem es der bestimmende Faktor im Gesamtproblem der Internationalen Schulden geworden sei. Solange Deutschland zahlen könne, würden auch die Alliierten ihren internationalen Verpflichtungen ohne Schwierigkeiten nachkommen können. Eine Diskussion über die Internationale Schuldenfrage sei zurzeit wertlos. Sie könne erst einsetzen, wenn eine neue Untersuchung und Einigung über Deutschlands Reparationszahlungen erfolgt sei.

Gewerkschaftsappell wegen der Teuerung.

b **Berlin**, 25. Okt. **(Tel.)** Angesichts der Preisbewegungen hat der Vorstand des Gewerkschaftsringes an den Reichskanzler heute vormittag eine Eingabe gerichtet, in der auf die bedrohliche Teuerungsbewegung eingehend hingewiesen wird. Die Eingabe stellt fest, daß besonders Nahrungsmittel seit Beginn des Jahres im Mittel um 20—25 Prozent gestiegen sind. Es wird weiter der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß durch die Besoldungserhöhung weitere Preissteigerungen eintreten werden, die auch die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger der Privatwirtschaft herabmindern müssen. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes fordert eindringlich von der Regierung die wirksame gesetzgeberische Bekämpfung des preisverteuernden Monopolismus durch Erweiterung und Verschärfung der Kartellverordnung vom Jahre 1923 und durch Abbau der Zölle. Diese Denkschrift wird, wie die „B. Z." berichtet, auch das Reichskabinett beschäftigen. Der Reichskanzler dürfte sehr bald mit den Führern der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften in Fühlung treten, um gemeinsam mit ihnen Maßnahmen durchzusetzen, die von der Regierung in Aussicht genommen sind.

Deutsches Reich

Strafrechtsausschuß des Reichstages.

tu **Berlin**, 25. Okt. **(Tel.)** Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform befaßte sich in seinen weiteren Beratungen mit dem vierten Abschnitt des Strafgesetzbuches, der die Arten der Teilnahme an strafbaren Handlungen regelt. Eine längere Aussprache, an der sich außer den Rednern fast aller Parteien auch Justizminister Hergt sowie ein Vertreter des preußischen Justizministeriums beteiligten, entspann sich über die Frage, ob es zweckmäßig sei, in das Gesetz eine Begriffsdefinition der „Selbsttäterschaft" wie der „mittelbaren Täterschaft" aufzunehmen. Der Ausschuß beschloß grundsätzlich die Aufnahme dieser Definitionen.

Ministerialdirektor Dr. Staudinger.

tu **Berlin**, 25. Okt. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, ist in der Dienstagsitzung des Preußischen Staatsministeriums der Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. phil. Hans Staudinger, bisher Pressereferent im Reichswirtschaftsministerium, zum Ministerialdirektor im Preußischen Handelsministerium definitiv ernannt worden.

Das Präsidium des Reichslandbundes beim Reichskanzler.

tu **Berlin**, 25. Okt. Das Präsidium des Reichslandbundes nahm heute nachmittag Gelegenheit, dem Reichskanzler Dr. Marx im Beisein der zuständigen Ressortminister seine Auffassung über die Verschuldungslage der Landwirtschaft darzulegen. Dabei wurde über die in der Entscheidung des Reichslandbundes vorgeschlagenen Maßnahmen insbeson-

dere Erhaltung des Personalkredit-Volumens durch Stundung vor allem der illiquiden Rentenbankwechsel, Konsolidierung der Personalschulden und Zinsverbilligung, eingehend verhandelt. Der Reichskanzler sagte, wie der Reichslandbund mitteilt, zu, den Fragenkomplex in allernächster Zeit zum Gegenstand einer eingehenden Beratung im Gesamtkabinett zu machen.

Tagung des Reichskohlenrates am 31. Oktober.

z **Berlin**, 25. Okt. (Tel.) In den letzten Tagen haben in Mitteldeutschland Erhebungen der Grubenverwaltungen über die Auswirkung der letzten Lohnerhöhung stattgefunden. Am Mittwochvormittag werden nun die Syndikate im Braunkohlenhaus in Berlin zusammentreten, um an Hand der gesammelten Unterlagen die Forderungen zu formulieren, die dem großen Ausschuß des Reichskohlenrates am 31. Oktober unterbreitet werden.

Zu den Anschlußverhandlungen Waldecks mit Preußen.

w **Kassel**, 25. Okt. (Tel.) Wie der „Kasseler Post" aus Arolsen gemeldet wird, haben gestern dort die Besprechungen zwischen den Vertretern der preußischen Ministerien und den Vertretern der Waldeckschen Regierung über die Möglichkeit des Anschlusses an Preußen ihren Anfang genommen. Nachmittags besichtigten die preußischen Vertreter im Beisein der Waldeckschen Vertreter Bad Wildungen und empfingen im Anschluß daran Vertreter des Kreises Edder und der Stadt Bad Wildungen, die ihre Wünsche vorbrachten.

Aus dem Mecklenburgischen Landtag.

w **Schwerin**, 25. Okt. (Tel.) In der heutigen Landtagssitzung wurde ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit der Mehrheit der Linksparteien gegen die Stimmen der Rechten angenommen, der verlangt, daß die Mecklenburgische Regierung im Reichsrat gegen die von der Reichsregierung geplanten Rahmengesetze für die Grundsteuer und andere Steuern stimmt. Der Landtag solle mit allen Kräften dahin wirken, daß das vom vorherigen Landtage beschlossene sozialwirkende Steuervereinfachungsgesetz von Bestand bleibt.

Aus aller Welt.

Einberufung des Parlaments in Polen.

w **Warschau**, 25. Okt. (Tel.) Heute nachmittag ist das Dekret des Staatspräsidenten erschienen, worin Sejm und Senat für die verfassungsmäßig vorgeschriebene Budgettagung ab 31. ds. Mts. einberufen werden. Über den Zeitpunkt der ersten Sitzung ist noch kein Beschluß gefaßt worden.

Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes.

z **Wien**, 25. Okt. (Tel.) Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes, bei der auch die österreichische Polizei mitwirkt, hat das überraschende Ergebnis gezeitigt, daß der Mörder des Prager albanischen Gesandten vor seiner Fahrt nach Prag eine Begegnung mit dem Wiener albanischen Konsul Saracci gehabt hat. Dieser steht jetzt unter dem Verdacht, Mitwisser des Prager Gesandtenmordes gewesen zu sein. Dieser Verdacht verstärkt sich dadurch, daß Saracci, als er noch 1925 Konsul in Italien war, mit der Ermordung des albanischen Unterrichtsministers in Bari im Zusammenhang gestanden hat. Der Mörder des Ministers war ein Vetter des Konsuls, der ermordete Minister ebenfalls wie der kürzlich ermordete Prager Gesandte ein Gegner des albanischen Diktators Achmed Zogu. Übrigens ist der Ministermörder damals, obwohl er auf frischer Tat ertappt worden war, freigesprochen worden.

Die Lage in Albanien.

w **Paris**, 25. Okt. (Tel. Havas teilt mit: In offiziellen Kreisen liegt keine Bestätigung der Gerüchte von einer Aufstandsbewegung in Albanien vor. Man weiß nur, daß der Finanzminister und Minister für öffentliche Arbeiten durch neue Persönlichkeiten ersetzt worden sind.

Das Ende des spanischen Bergarbeiterstreiks.

tu **Madrid** 25. Okt. In den Bergbaubetrieben in Asturien ist die Arbeit größtenteils wieder aufgenommen worden.

Die Lage der von den Marokkanern entführten Europäer.

w **Paris**, 25. Okt. (Tel.) Nach Meldungen aus Casablanca bemüht man sich, die Verhandlungen über die Freigabe der von Marokkanern entführten Europäer zu beschleunigen. Entgegen anders lautenden Nachrichten ist man über die Lage der Entführten sehr besorgt, da man das Eingreifen des fanatischen Stammführers Sibu-Temga, genannt „Scheich der Berge", fürchtet, der alle Europäer, die ihm in die Hände fallen, zu Tode martere. Es verlautet, daß die von den Ait Mohand gefangen gehaltenen Steeg und Maillet in Ketten gelegt worden sind. Über das Schicksal der entführten Frauen ist nichts bekannt. Aus Rabat wird gemeldet, daß gegen die an der Entführung beteiligten Eingeborenen Ben Mellal eine Strafexpedition im Gange ist. Ein Bataillon Senegalneger ist auf Lastautos zu diesem Stamme unterwegs.

Aus der Stadt.

Münster, 26. Oktober.

Vom Theater der Stadt Münster. Die Mittwochs-Abonnenten seien nochmals darauf hingewiesen, daß sie in dieser Woche mit Rücksicht auf eine gleichzeitig stattfindende Uraufführung beim Sender Münster, in der einige Mitglieder des Theaters mitwirken, noch einmal ein Lustspiel erhalten. Als Ausgleich dafür erscheint aber in der nächsten Woche für das Mittwochs-Abonnement Ibsens „Peer Gynt" im Spielplan. Am Donnerstag gastiert der Heldentenor der Wiener Staatsoper und des Kölner Opernhauses, Josef Kahlenberg, als Lohengrin. Kahlenberg gilt als einer der ersten Heldentenöre. Dem Gastspiel kann also mit größter Spannung entgegengesehen werden. Die Lohengrin-Aufführung findet in der Miete C 6 statt. Trotz des Gastes gelten Preise 4.

Beschäftigung von Ausgesteuerten bei öffentlichen Notstandsarbeiten. Der Minister für Volkswohlfahrt weist in einem Runderlaß vom 16. 9. 27 darauf hin, daß er mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit durch öffentliche Arbeiten für die ausgesteuerten Erwerbslosen nicht einverstanden sein könne. So lange die zusätzliche Arbeitsgelegenheit, die durch die öffentlichen Notstandsarbeiten geschaffen wird, selbst für die unterstützten Erwerbslosen und die Krisenunterstützungsempfänger bei weitem nicht ausreicht, hält es der Minister nicht für möglich, auch ausgesteuerte Erwerbslose zu den Arbeiten zuzulassen, für die das Bedürfnis zur Aufnahme in die Krisenfürsorge nicht anerkannt werden konnte

Einberufung von Versorgungsanwärtern, die in der freien Wirtschaft tätig sind. In einem Runderlaß hat der Minister des Innern unter Hinweis auf den Runderlaß des Finanzministers vom 27. 9. 1927 der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlichen Körperschaften bei der Einberufung von Versorgungsanwärtern, die in der freien Wirtschaft tätig sind, auf deren vertragliche Verpflichtungen hinsichtlich der Kündigungsfristen weitgehend Rücksicht nehmen.

Im Weltpanorama, Aegidiistraße 5, flutet diese Woche der Rheinstrom an dem Beschauer vorüber. Von Köln bis zu seinem Oberlauf schaut der Besucher die sagenumwobenen Burgen, Städte und Dome, die bergreiche Ufer krönen. Nicht minder sehenswert sind auch seine Ruinen aus glanzvoller Römerzeit.

Ein interessanter Vorfall ereignete sich Dienstag morgen auf der Warendorfer Straße. Beim Zurückziegen eines beladenen Karrens vom Städtischen Fuhrpark kam ein Pferd zu Fall. Es entstand bald ein großer Menschenauflauf, und auch die dort beschäftigten Straßenbauarbeiter taten das ihrige, das Pferd wieder aufzurichten. Doch alle Bemühungen waren vergebens. Schließlich fand man keinen anderen Ausweg, als die Städtische Feuerwache zu benachrichtigen. Als das Pferd der uniformierten Feuerwehrleute ansichtig wurde, gab es sich zum Erstaunen und Gelächter der Umstehenden einen mächtigen Ruck, um sich selbst auf die Beine zu bringen. Ein Zuschauer meinte: „Der Gaul war sicher im Felde und glaubt, da er die Uniform sieht: Et geiht wier los!"

Kleine Nachrichten. Am Montagmorgen geriet auf der Warendorfer Straße ein junger Mann unter die schweren Räder eines sog. Treckers. Der Verunglückte fuhr mit seinem Rade über die Warendorfer Straße und geriet, als er der Straßenbahn ausweichen wollte, mit seinem Rade in die Gleisanlage der Elektrischen. Er stürzte, und Fahrrad und Fahrer kamen unter einen vorbeifahrenden Trecker zu liegen. Das Rad wurde vollständig demoliert. Dem Fahrer selbst wurde ein Fuß zerquetscht. — Am Dienstagmorgen stürzte an der Ecke Ludgeriplatz und Südstraße ein Radfahrer so unglücklich, daß er mit dem Kopf gegen eine Laterne geschleudert wurde. Passanten nahmen sich des Verunglückten an, und brachten ihn in ein anliegendes Haus. Die starken Blutungen stellten sich aber später als nicht gefährlich heraus.

Polen unter Finanzkontrolle.

(Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.)

h **Kattowitz**, 20. Oktober.

Die polnischen Anleiheverhandlungen mit Nordamerika, die mit Unterbrechungen seit 1½ Jahren andauern, von denen man kaum noch ein Ergebnis erwartete, da sie bisweilen einen geradezu operettenhaften Charakter angenommen hatten, sind vor einigen Tagen noch doch zu einem greifbaren Resultat gelangt. Daß keine Ursache vorliegt, zu einem Freudenrausch, der sich in einem Teile der polnischen Presse bemerkbar machte, zeigte die Art und Weise, wie die Bedingungen der Anleihe bekannt gegeben wurden. Man genierte sich offenbar ein klein wenig un gab die Einzelheiten der Bedingungen nur teelöffelweise bekannt, so daß sich erst allmählich ein einigermaßen klares Bild über die Anleihe gewinnen läßt. Polen soll 72 Millionen Dollar brutto erhalten, netto 65 Millionen. Die Anleihe, die außer in Nordamerika in England mit 10 Millionen, in der Schweiz mit 6 Millionen, Holland mit 4 Millionen und in Frankreich und Schweden mit je 3 Millionen Dollar aufgelegt werden soll, erfordert einen jährlichen Zinsen- und Amortisationsdienst von rund 80 Millionen Zloty, die durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. Die Anleihe soll vornehmlich für Stabilisierung der Währung Verwendung finden, nur ein geringer Teil wird für bauliche Zwecke bestimmt werden können. Das Anlagekapital der Bank Polski wird auf 150 Millionen Zloty erhöht werden. Die Gold und Valutareserven der Bank werden sich auf 140 Millionen Dollar erhöhen. Die Stabilisierung wird auf der heutigen Basis eines Dollarpreises von 8,90¼ erfolgen. Später will die Regierung eine innere Anleihe von zunächst 20 Millionen für Bauzwecke aufnehmen, der dann noch eine zweite Anleihe von 100 Millionen folgen soll.

Peinlich ist es für die Regierung Pilsudskis, daß man in den sauren Apfel der Finanzkontrolle hat beißen müssen. Es ist bekannt, daß sich gerade Marschall Pilsudski gegen diese Schmälerung der polnischen Souveränität gesträubt hat. Aber der Ruf der „polnischen Wirtschaft" ist in den letzten Jahren ein solcher geworden, daß wohl keine Bankengruppe ohne eine solche Finanzkontrolle einen Anleihevertag abgeschlossen haben würde. Praktisch gesehen, ist die polnische Regierung unter Kuratel gestellt worden, wenn die polnische Presse auch schamhaft nur von einem Berater spricht. Der „Oberschle. Kur." sagt hierüber: „Eine sehr wichtige Bestimmung ist die, daß es der Regierung nicht erlaubt ist, innerhalb der nächsten drei Jahre weder eine innere noch eine äußere langfristige Anleihe für Budgetzwecke abzuschließen. Lediglich zu produktiven Zwecken sind Anleihen erlaubt, aber bei einer jeden Anleihe muß zunächst der amerikanische Kontrolleur oder, wie er hier genannt wird, Berater oder Beobachter, um seine Meinung befragt werden. Ebenso muß zunächst der Rat des Beobachters bei jeder Anleihe eingeholt werden, die von der Regierung oder von den Kommunalbehörden garantiert wird." Der amerikanische Vormund ist danach eine für das wirtschaftliche und staatliche Leben Polens gewichtige Persönlichkeit. Der Kontrolleur hat das Recht, in alle Handlungen der Bank Polski Einblick zu verlangen. Selbst bei den Krediten, die die Regierung aus dem Anleihebetrage für staatliche Unternehmungen und für landwirtschaftliche Unternehmungen gewähren will, ist das Jawort des Amerikaners erforderlich. Trotzdem mußte man diese schwere Bedingung annehmen, weil sonst die Anleihe zweifellos gescheitert wäre. Ein solches Scheitern der Verhandlungen hätte die polnische Währung bei der lange anhaltenden passiven Handelsbilanz Polens in der schwersten Weise erschüttern müssen. Selbst die „Warsz." meint, daß die Rechte des Kontrolleurs zwar sehr gefährlich aussehen, im ganzen sei aber doch der neue Kontroll- und Stabilisierungsplan zu begrüßen, da nüchterne Leute bessere Bedingungen auch gar nicht erwartet hätten! Offenbar sind einige drückende Bedingungen noch gar nicht bekannt, denn der Warschauer „Robotnik" spricht von den überaus schweren Bedingungen, deren ganze Last nicht mehr länger verheimlicht werden dürfe. Auch in den nationaldemokratischen Blättern wird der Anleihevertrag sehr kritisch aufgenommen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Dollarsegens für Polen werden zunächst kaum stark in Erscheinung treten. Dazu ist der Betrag, der für Neuanlagen ausgeworfen werden kann, viel zu klein. Die Währung ist allerdings gesichert. Auch ist das Geld zu teuer, um der Industrie durch Kreditgewährung wirksame Unterstützung zu teil werden zu lassen. Große private Anleihen sind nach wie vor erforderlich, um das wirtschaftliche Leben wieder anzukurbeln. Die Sehnsucht nach Auslandsanleihen ist daher unvermindert groß und der „Glos Prawdy" gibt bereits der Hoffnung Ausdruck, daß nach dieser Stabilisierungsanleihe weitere ausländische Anleihen zu Anlagezwecken nach Polen einströmen werden.

Größere Bedeutung haben die politischen Folgen der abgeschlossenen Anleihe. Die Regierung Pilsudskis hat hier den ersten Erfolg errungen. Das muß unbestritten bleiben, nachdem es den Vorgängern nicht gelungen war, die immer angestrebte Anleihe unter Dach und Fach zu bringen. Dieser wenn auch unter großen Opfern errungene Erfolg wird eine sehr große Rolle spielen, wenn in Kürze die Wahlen zum Warschauer Sejm vorgenommen werden müssen. Die Anhänger Pilsudskis werden mit dem Dollarsegen operieren, während seine Gegner immer wieder auf die schweren Bedingungen der Anleihe hinweisen werden. Aber immerhin, Pilsudski hat nunmehr überhaupt etwas positives, was er vorzeigen kann. Außenpolitisch könnte der Abschluß der Anleihe auch von Einfluß auf die deutsch-polnischen Zollvertragsverhandlungen sein. Bei der Gefährdung der polnischen Valuta in den letzten Jahren war bekanntlich die Einfuhr nach Polen stark abgedrosselt worden. Nachdem jetzt die Währung durch die Anleihe gesichert ist, erscheint diese Drosselung nicht mehr lebensnotwendig, worauf auch die „Katt. Ztg." aufmerksam macht und dabei sagt: „Der Abschluß der Auslandsanleihe macht eine gewaltsame Drosselung der Einfuhr überflüssig und öffnet somit den Weg zu einer wirtschaftlichen Vereinbarung mit Deutschland." Ob man diesen Weg der Vernunft gehen wird, bleibt abzuwarten. Bisher war es leider so, daß Polen immer dann wenig Neigung zu Konzessionen zeigte, wenn es sich wirtschaftlich erstarkt glaubte. Das konnte bereits mehrfach beobachtet werden. Wenn Polen nunmehr einen anderen Weg einschlagen würde, könnte an einen Abbau des deutsch-polnischen Zollkrieges in absehbarer Zeit gegangen werden.

Aus den Provinzen.

Greven, 24. Okt. (Verschiedenes.) Sein Kartellfest feiert am kommenden Sonntag das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in Greven. In der morgens im Winninghoffschen Saale stattfindenden Versammlung spricht Dr. Riehues-Münster. Abends findet eine Familienfeier statt, für deren gemütlichen Teil ein reichhaltiges Programm vorgesehen ist. — Einen Motorradunfall erlitt der Kaufmann Alfons Mersmann von hier in der Bauerschaft Sinningen dadurch, daß er infolge plötzlichen Versagens seiner Radbeleuchtung gegen einen Stein fuhr und auf die Straße geschleudert wurde. Infolge des Sturzes erlitt er einen schweren Schenkelbruch.

Greven, 24. Okt. (Die sozialen Wahlen) stehen vor der Tür. Ihrer Wichtigkeit trugen der kath. Arbeiterverein und der Arbeiterinnenverein in einer Versammlung Rechnung. Das Referat in beiden Versammlungen hielt Sekretär Kaspar aus Münster. Im Arbeiterinnenverein behandelte er das Thema: „Die Frau und die Sozialpolitik". Den zahlreichen Arbeiterinnen stellte er die Wichtigkeit der Mitarbeit der Frau in den sozialen Körperschaften vor Augen, da gerade sie berufen und befähigt sei, der Caritas zu dienen. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für alle Berufenen, bei den kommenden Wahlen ihre Pflicht zu tun. Im Arbeiterverein zeigte Herr Kaspar den Mitgliedern „Die Rechte und Pflichten der christlichen Arbeiter in der Sozialgesetzgebung", indem er die Tätigkeit unserer politischen Vertreter in der Sozialpolitik jener der Sozialdemokratie gegenüberstellte. Was unsere Vertreter in sozialer Hinsicht geschaffen haben, stehe in der Welt unerreicht da. An Beispielen erläuterte der Redner den Segen unserer Sozialversicherung. Im gegenwärtigen Augenblicke müßten die Versicherten auf dem Posten sein: denn es sei nicht gleichgültig, was für Leute in den sozialen Körperschaften an führender Stelle stehen. Es handelt sich darum, ob unser Gemeinschaftsleben von den Grundsätzen des Christentums beherrscht wird. Wir sehen in der Sozialversicherung ein Werk christlicher Nächstenliebe. Darum wollen wir durch eifrige Beteiligung an den kommenden sozialen Wahlen dafür sorgen, daß charakterfeste Männer und Frauen aus unserem Lager wahrhaft christlichen Geist in diese Körperschaften tragen.

Appelhülsen, 22. Okt. (Eine Mütterberatungsstunde) wird von jetzt ab allmonatlich hier abgehalten. Die erste findet statt am Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Jugendheim an der Kirche unter Leitung des Kreisarztes und Mithilfe der Kreisfürsorgerin. Säuglinge und Kleinkinder können dort vorgestellt werden. Sie werden ärztlich untersucht; die Mütter werden in allen Fragen der Ernährung und Pflege ihrer Kinder beraten. Kranke Kinder werden der ärztlichen Behandlung zugeführt. Die Untersuchung und Beratung ist unentgeltlich. Im Interesse der Gesundheit der Kleinen mögen die Mütter von Appelhülsen und Umgebung die Fürsorgestelle fleißig aufsuchen. Die Kinder können dann immer wieder vorgestellt werden und bleiben in ständiger Betreuung. Jeder Mutter wird somit die beste Gewähr gegeben, ihr Kind gesund über das erste Lebensjahr hinwegzubringen und den so häufigen Kinderkrankheiten, besonders der Skrofulose und Rhachitis, letztere auch englische Krankheit genannt, und der Verkrüppelung, wie auch der fatalen Ernährung vorzubeugen. — Drum nochmals, möge auch in Appelhülsen diese Einrichtung die gleichen Wurzeln schlagen wie in den anderen Gemeinden des Kreises; möge von dieser Einrichtung ausgiebig Gebrauch gemacht werden zum Besten von Mutter und Kind.

Coesfeld, 25. Okt. (Schadenfeuer.) Am Montag in den späten Nachmittagsstunden brach ein Schadenfeuer in der Kolckschen Fabrik aus, das durch das energische Eingreifen der Betriebswehr wie der Freiwilligen Feuerwehr Coesfelds gelöscht werden konnte. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Haltern, 25. Okt. (Verschiedenes.) In der Nacht von Samstag zum Sonntag brannte in Hennewig eine Scheune nieder, in der eine Dreschmaschine und ein Bulldogg untergestellt waren. Es liegt wahrscheinlich Brandstiftung vor. — Ein Arbeiter, der am Samstag von der Baustelle des Wasserwerks seine Papiere erhielt, brachte seinem Vorarbeiter bei der Entlassung in der Wut einen Messerstich bei. Der Vorarbeiter mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Raesfeld, 24. Okt. (Begräbnis eines leeren Sarges.) Ein sonderbarer Vorfall ereignete sich hier am Freitag. In der Familie O. im Dorfe Raesfeld war ein Kind gestorben. Die Beerdigung fand am Freitagmorgen statt. Als man von der Beerdigung zurückkam, war man nicht wenig erstaunt, als man die Kindesleiche noch im Kinderwagen vorfand. Erst am Abend, nachdem das Grab wieder aufgeschaufelt und der leere Sarg herausgeholt worden war, konnte die Beerdigung erfolgen. Die Mutter des Kindes ist infolge des Vorfalles ernstlich erkrankt. Da man annimmt, daß es sich um einen Racheakt handelt, ist die polizeiliche Untersuchung eingeleitet.

Langendreer, 25. Okt. (Der Unfall auf der Zeche Mansfeld.) Die Meldung über den gestrigen Unfall auf der Zeche Mansfeld, die von zwei Toten wissen wollte, scheint sich glücklicherweise nicht zu bestätigen. Wie die zuständige Werksleitung mitteilt, wurde einer der verschütteten Bergleute heute früh unverletzt geborgen; die beiden anderen Verschütteten geben durch Klopfzeichen noch Lebenszeichen von sich. Die Arbeiten zu ihrer Rettung dauern an, und man hofft, beide lebend bergen zu können. — Nach einer in den späten Abendstunden eingegangenen Meldung konnten auch diese beiden nach dreißigstündiger angestrengter Rettungsarbeit lebend geborgen werden; sie haben nur leichte Verletzungen davongetragen.

Derne, 24. Okt. (Ergebnis der Gemeindewahlen.) Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 50 Prozent wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 1770, das Zentrum 797, den Volksverein zur Wahrung der Gemeindeinteressen 789, die Kommunisten 432, den Turn- und Sportbund 254, die Polen 95 Stimmen. Es erhielten Mandate: Die SPD 8, Zentrum und Volksverein je 3, KPD. 2 und Turn- und Sportbund 1. Die bisherige Rechtsmehrheit hat sich in eine Linksmehrheit verwandelt.

Capelle, 24. Okt. (Aus dem Gemeinderat.) Gemeindevorsteher Peters gab zunächst Kenntnis von der Einrichtung einer öffentlichen Fernsprechstelle, ferner von einem Beschluß des Kreisausschusses, wonach Neuschüttung auf Kreiswegen innerhalb der Gemeinde 1928 nicht vorgenommen werden. Die Einführung des Ortsstatuts betr. die Erhebung von Beiträgen von Nichtmitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr wurde beschlossen; die Verheirateten sollen 2 Mark, die Ledigen 3 Mark zahlen. Die restlichen Kosten für Anschaffung von Geräten der Freiwilligen Feuerwehr wurden auf die Gemeinde übernommen. Schließlich beschloß die Gemeindevertretung noch, den in Vorschlag gebrachten Sportplatz von der Herzoglichen Verwaltung zu pachten.

Dortmund, 24. Okt. (Straßenraub.) Auf dem Bickweg an der Pferderennbahn kam es in der Nacht zwischen Arbeitern zu einer Schlägerei. Ein Arbeiter wurde mit einem Schlagring zu Boden geschlagen, und blieb mit einer schweren Kopfverletzung liegen. Die anderen beraubten ihn neuer Arbeitskleidung, die er mit führte, und liefen davon. Der Verletzte raffte sich auf und erstattete Anzeige bei der Polizei, die die Übeltäter in der städtischen Wohnbaracke bei der Polizeiunterkunft Wambel ermittelte und festnahm.

Aus dem Oldenburgischen, 25. Okt. (Verschiedenes.) Hier verstarb der weit über die Grenze bekannte Reorganisator des oldenburgischen Berufsschulwesens, Gewerbeschulrat Dr. Mehner, im Alter von 70 Jahren. M. kam 1904 nach hier und war seit 1921 Dezernent für Berufsschulwesen im Ministerium. — Am Festungsgraben überfuhr ein ein Fuhrwerk überholendes Auto ein 5jähriges Kind. Die Räder gingen ihm über den Kopf und töteten es sofort. Den Chauffeur trifft keine Schuld. — In Petersfehn schoß sich der Sohn des Landwirts Mitwollen beim Hantieren mit einem 9 Millimeter-Revolver in den Unterleib.

Elberfeld, 24. Okt. (Erfolg unserer Kriminalpolizei.) Zwei ganz gefährliche Burschen, die in den letzten Wochen das Bergische Land unsicher machten, wurden jetzt ermittelt und in den frühen Morgenstunden aus dem Bett heraus verhaftet. Es handelt sich um zwei im gleichen Hause in Barmen wohnende 27jährige Arbeiter. Sie haben bisher nicht weniger als 19 schwere Einbruchsdiebstähle sowie drei versuchte Raubüberfälle eingestanden. Die Täter trugen stets geladene Pistolen bei sich. Die geraubten Gegenstände wurden zum Teil bei der Gepäckniederlage auf den Bahnhöfen ermittelt und sichergestellt. Bei der Verfolgung der Einbrecher bei den verschiedenen Diebesfahrten machten die beiden wiederholt von ihrer Schußwaffe Gebrauch.

tu **Düsseldorf**, 25. Okt. (Um den Versicherungsbetrag den Daumen geopfert.) Verhaftet wurden hier ein Kaufmann und seine Ehefrau wegen Verdachtes des Betruges in mehreren Fällen. Der Kaufmann wird beschuldigt, im Einverständnis mit seiner Frau und einem seiner Brüder eine Versicherungsgesellschaft dadurch erheblich geschädigt zu haben, daß er, nachdem er die beiden gegen Unfall hatte versichern lassen, diesen die beiden Daumen abschlug. Er hat auf diese Weise von der Versicherung Beträge in Höhe von 800 Mk., 20 000 Mark und zuletzt 55 000 Mk. erhalten.

Benrath, 24. Okt. (Bestätigung eines technischen Beigeordneten.) Der Oberpräsident hat die Wahl des Stadtbaurates, Regierungsbaumeisters Buchs aus Wanne-Eickel, zum besoldeten technischen Beigeordneten der Bürgermeisterei Benrath bestätigt. Regierungsbaumeister Buchs (gebürtig aus Münster), dem der Ruf eines tüchtigen Baufachmannes vorausgeht, hat bereits sein neues Amt angetreten.

Mörs, 24. Okt. (Bestrafung eines Unterstützungsschwindlers.) Ein Invalide bezog Wohlfahrtsunterstützung, ohne bedürftig zu sein. Während der Unterstützungszeit verkaufte er sein väterliches Erbe, wofür er 4000 Mark erhielt. Seine Unterstützung bezog er jedoch ruhig weiter, trotzdem er von Zeit zu Zeit nach seinen Vermögensverhältnissen befragt wurde. Vom Schöffengericht wurde er wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Grafschaft Bentheim

m **Schüttorf**, 24. Okt. (Ein Unglücksfall) trug sich heute nachmittag in einer hiesigen Fabrik zu. Dem Vernehmen nach durch infolge Kurzschlusses abspringende Funken wurden die Kleider eines etwa 20jährigen Fabrikarbeiters in Flammen gesetzt. Im Nu verbrannten dem Unglücklichen die Kleider auf dem Leibe. Schwerverbrannt am ganzen Körper wurde er in das Stadtkrankenhaus „Annaheim" gebracht, wo er fast hoffnungslos darniederliegt.

Vermischtes.

* **Großfeuer in einem Landschloß.** Berlin, 25. Okt. Das im Kreis Deutsch-Krone gelegene, dem Rittergutsbesitzer Schröder gehörige, Schloß Rosenthal ist in Abwesenheit des Besitzers zum größten Teile niedergebrannt. Das Dachgeschoß und das erste Stockwerk mit 26 Zimmern wurde völlig vernichtet.

* **Gründung eines Reichsausschusses für Wirtschaftsgeflügel.** Hannover, 24. Okt. Der Bund deutscher Geflügelzüchter e. V., Sitz Halle, und der Klub deutscher Geflügelzüchter e. V., Sitz Berlin, haben heute in einer Sitzung ihrer geschäftsführenden Vorstände einen Reichsausschuß für Wirtschaftsgeflügel gebildet. Es wurde hierbei die Hoffnung ausgedrückt, daß dieser neue Ausschuß mit den deutschen Landwirtschaftskammern werde Hand in Hand arbeiten können.

* **Starke Schneefälle in den Alpen.** tu Basel, 25. Okt. (Tel.) Infolge starker Schneefälle sind die Alpenstraßen des Großen und Kleinen Sankt Bernhard bereits für den Automobilverkehr gesperrt. Bis auf die Höhen von 900 Meter herunter hat es geschneit. Das Hospiz auf dem Sankt Gotthard verzeichnet einen halben Meter Neuschnee.

* **Dynamitexplosion in einer amerikanischen Kohlengrube.** Stelbenville (Ohio), 25. Okt. Eine hiesige Kohlengrube wurde durch eine Dynamitexplosion stark beschädigt. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

* **Taifun auf dem Stillen Ozean.** Kowno, 25. Okt. Wie aus Tokio gemeldet wird, hat auf dem Stillen Ozean ein furchtbarer Taifun gewütet. Zwei japanische Passagierdampfer haben SOS-Rufe ausgesandt. Weitere Nachrichten fehlen noch.

Die Brandkatastrophe im Kino von Tammerfors.

tu **Helsingfors**, 25. Okt. (Tel.) Nach Meldungen aus Tammerfors gehören die bei dem Kinobrand umgekommenen 22 Personen größtenteils dem Arbeiterstande an. Die Stockholmer Zeitungen verlangen unter Hinweis auf die Katastrophe in Tammerfors eine Neuregelung der Polizeivorschriften für Kinotheater. Wie sich jetzt herausgestellt hat, war der Filmoperateur in dem Tammerforser Kino ein 17jähriger unerfahrener Jüngling, der im Augenblick der Gefahr die Geistesgegenwart verlor und „Feuer" schrie, wodurch die Panik entstand. Der Brand konnte in einer Viertelstunde gelöscht werden. — Wie weiter aus Helsingfors gemeldet wird, entstand dort gestern abend in einem großen Sägewerk ein Brand, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete und innerhalb kurzer Zeit riesige Holzlager vernichtete. Sämtliche Werkgebäude wurden ein Raub der Flammen.

Schwere Typhusepidemie in der Tschechoslowakei.

w **Prag**, 25. Okt. **In Tepl bei Marienbad ist eine Typhusepidemie ausgebrochen; sie hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Kranken wegen Überfüllung in die Krankenhäuser von Plan, Tachau und Karlsbad transportiert werden mußten.**

Lohnbewegung.

Ende des Lohnkampfes in der M.-Gladbacher Textilindustrie.

w **M.-Gladbach**, 25. Okt. Der vom Schlichtungsausschuß den Parteien unterbreitete Vergleichsvorschlag im Lohnkampf in der Textilindustrie, wonach eine Erhöhung des Hilfsarbeiterlohnes von 56 auf 63 Pfg. und eine entsprechende Erhöhung der anderen Tariflöhne durchgeführt werden soll, wurde von beiden Parteien grundsätzlich angenommen.

Annthrinke.

Skizze von Odo Pasch.

Die Sonne sank und über der sommerlichen Erde hob der Abend seine Schwingen. Leise kräuselnd zog der Rauch von der offenen Feuerstelle durch das Tor hinaus ins Freie und vermengte sich mit der Dämmerung, welche ihre Schleier um Busch und Haus zog. Leise wie im Traum zirpte noch ein Vogel und die beiden Eichen vor dem Kötterhause wisperten einander zu, als sprächen sie von den Erlebnissen des Tages.

Um den rohgezimmerten Tisch auf der Dehle saß die Familie beim Abendbrot; stumpf neugierig äugte das Vieh hinzu, über den Verschlag, und seine Stimme war wohlig gedämpft, wie gesättigt nach der Mahlzeit. Vom Graben, nahe dem Wiesenrain, erscholl das Quorarufen der Frösche und ihr Geschrei erfüllte die abendliche Stille. — Da erhob sich auf einmal von dorther, während der Quorarruf verstummte, ein feines Stimmchen und sein Ruf eilte klagend zum Hause. „Annthrinke! — Annthrinke!" rief es. Niemand schien es zu hören. Aber das kleine Mädchen am Tisch auf der Dehle, mit seinem dunkelblonden Wuschelkopf und einem feinen fast durchsichtigen Gesichtchen horchte auf, und jedesmal, wenn der Ruf erscholl, schrak sie zusammen, als schneide der Klagelaut ihm tief ins Herz. Aber weil die andern es nicht hörten, duckte es sich scheu, als fürchte es ihren Spott. Es mußte dazu an seiner Suppe würgen, und damit es schneller ging, brach es ein winziges Stück Brot hinein und löffelte sie so nach und nach aus. Derweilen hörte die Stimme nicht auf zu klagen. Und das Kind betete für ihn, der so klagend rufen mußte, still ins Essen hinein ein Vaterunser und bat den Schutzengel um Geduld für ihn.

Als das Mahl aber beendet, schlich es sich eilend von dannen, der klagenden Stimme zu. Diese kam vom Wiesengraben, der nun, da der Mond aufgegangen, im hellen Lichte lag, behütet von Erlen und mancherlei Gesträuch. Das Wasser zitterte leicht von der Sommerschwüle und violett leuchtete es um Enzian und Wasserrose. Dazu streckten unzählige Frösche ihre Köpfe aus dem Wasser und sahen mit hervorquellenden und glänzenden Augen auf das Mädchen, das an seinem Rande stand. Ihr Quorarufen war längst verstummt, denn auf einem Blatte der Teichrose lag mit weit von sich gestrecktem wunden Schenkel ein junger Frosch. Er war es gewesen, der seinen Klagelaut in den Abend gestoßen und immerfort nach Annthrinke gerufen hatte. Nun sie in milder Barmherzigkeit sich zu ihm neigte, erhob er seine klagende Stimme und zwar zu einer Sprache, die nur wieder ihr verständlich.

„Annthrinke," sprach er, „sieh' wie ich leide! Du weißt, ich bin jung und freue mich an der Welt in diesem unserem Königreich, wo die bleiche Rose blüht und der Enzian, und Libellen von Blume zu Blume huschen. Aber ich wollte noch höher hinaus und begab mich auf die Wanderung fürwitzig und ungeachtet jeder Mahnung. Da kam ich bald zu einer Blume, die so süß duftete, daß mir das Herz aufging. Es war dies aber, wie mir der Käfer sagte, die Minze. Ich berauschte mich an ihrem Dufte und verweilte eine gute Zeit bei ihr. Aber es währte doch nicht lange, da erschrak ich auf einmal, denn ich hörte über mir ein Gebrumm und sah ein Ungetüm, wie es wütig seinen Stachel zückte. Und noch ehe ich mich von meinem Schrecken erholt, stürzte es sich auch schon auf mich und stieß mir seinen Stachel tief ins Fleisch. O wie sah ich nun mein Unrecht ein und beklagte meinen Fürwitz, denn als ich nun nach Hause eilte, brannte es schon wie Feuer in meinem Gebein, und wo es mich gestochen, ward es dick wie eine Blase. Und die andern sagten, daß jenes Ungetüm wohl die Wespe gewesen, und daß ich nur schnell nach dir rufen sollte, denn du könntest mir helfen."

„Ja, ja! So ist es," riefen nun alle Frösche aus dem Wasser und nickten einmal wie bestätigend mit dem Kopfe.

Da sprach Annthrinke, sich am Wasser niederlassend, und alles Getier und Blume und Blatt und Zweig horchte auf ihre Stimme, sie sprach aber wie ein kleiner geistlicher Lehrmeister:

„Mein armer kranker Freund, du hast nicht gut getan! Sieh', auch Johannes wählte die Verbannung, du aber lebtest gar in einem Königreich. Und als du noch darüber hinaus wolltest, kam der böse Feind und verletzte dich. Nun, Gott ließ es geschehen und schickte dir die Prüfung, damit du Ergebung lerntest in seinen heiligen Willen. Da du sie bestehst, wird er dir auch seine Heilung senden. St. Johann zeigte mir einst die Kräuter der Heilung, und so will ich dir auch ein solches suchen." —

Und sie erhob sich und ging einige Schritte hin zum Wiesenrain und suchte da